

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Mose's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Erzielung der Anzeigengebühren durch Plagi oder in Kontursfällen gelangt der volle Werbungsbetrag unter Wegfall von Abschlag in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhirsdorf, Brenzig, Hauswalde, Döben, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Pönnitz-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 296

Dienstag, den 21. Dezember 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 22. Dezember 1926, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Sammelort der Bieter im Restaurant Bürgergarten
1 Wanduhr, 1 Dugend Kinderschürzen
meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Reichskanzler a. D. Dr. Luther ist von seiner Amerikareise wieder zurückgekehrt.
Der Gernerheimer-Prozess ergab schwere Belastungen für den Angeklagten Rouzier.
Ein New-Yorker Blatt bringt Enthüllungen über Verschleuderung deutschen Eigentums in Amerika.
Die Begegnung Dr. Stresemann-Plattolini ist noch ungewiss.
Das Verfahren gegen die völkischen Abgeordneten Kube, Walle und Ahlemann wurde eingestellt.
Wie den Morgenblättern aus Washington gemeldet wird, ließ Coolidge im Gegensatz zu seiner Kongressboischof erklären, daß er der Vorlage für den Bau von 10 Kreuzern sympathisch gegenüberstehe. Die Verleumdungen Coolidges werden in Amerika als Warnung an das Ausland aufgefaßt.
Ein Miesenbrand hat einen großen Teil der Hafenstadt Malaiti am untern Kongo eingeäschert. 18 Fabriken wurden zerstört. Der Schaden ist ungeheuer.
Wie die Morgenblätter aus New York melden, wurde in der Fabrik des amerikanischen Chemikers MacCarla, der während des Krieges Präsident des chemischen Untersuchungskomitees war, Alkohol im Werte von 3,8 Millionen Dollar beschlagnahmt. 3 Personen wurden verhaftet.
Nach Meldungen aus Tokio ist in verschiedenen Gegenden der Mandchurei und Mongolei die Pest ausgebrochen und hat viele Todesopfer gefordert.
Auf dem Hudson stieß gestern morgen ein Personendampfer auf Treibeis. Über 100 Personen wurden über Bord geschleudert. 14 von ihnen ertranken.
Im Zusammenhang mit dem Umsturz in Litauen sind Gerüchte im Umlauf, daß auch in Lettland ein ähnlicher Umsturz erfolgen werde. Diese Gerüchte werden vom Stadtkommandanten der Stadt Riga entschieden dementiert.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Der Christmarkt) fiel in unserem Det zusammen mit dem goldenen Sonntag und brachte unserer Stadt einen stärkeren Besuch aus der Umgegend als am Sonntag vorher. Das Wetter gestaltete sich günstiger, als vor acht Tagen, da die Temperatur etwas gefallen war und es somit ohne Niederschläge abging. Während die größte Zahl der Besucher an den Tagen vorher sich auf das Schöne beschränkte, war am Christmarkt die Zahl der Käufer erheblich gestiegen, sodaß man wohl von einem guten Geschäft am Sonntag sprechen kann. Das Winterwetter, das schon lange auf sich warten ließ, hat über Nacht sich eingestellt und wird hoffentlich noch zur Belebung des Geschäfts in den letzten Tagen vor Weihnachten beitragen.

Pulsnitz. (Öffentl. Handelsschule und Fachschule für Textilindustrie.) Am vergangenen Donnerstag nahmen Lehrer und Schüler in einer schlichten Feier Abschied von den bisher in der Stadtschule innegehabten Räumen. — Die Einweihungsfeier des neuen Schulgebäudes auf der Schießstraße erfolgt am 6. Januar.

Pulsnitz (Volksbildungsveranstaltung.) Infolge einer unumgänglichen Verlegung findet heute abend noch ein Volksbildungsabend statt. Herr Dr. Kaphahn spricht über Wirtschaftsprüfung.

Pulsnitz. (Die Militärrenten) für Januar werden vom Postamt ausnahmsweise bereits am 27. Dezember ausgezahlt.

Pulsnitz. (Olympia-Theater.) Wegen des kommenden Festes hat das Olympia Theater seine Spieltage diese Woche auf Dienstag-Mittwoch verlegt und bringt an diesen beiden Tagen den Film: „Nasen aus dem Süden“ mit Henry Porten sowie ein erstklassiges Beiprogramm. Wir verweisen des weiteren auf die Anzeige in diesem Blatt.

— Vorwärts in der Arbeit des Kindergottesdienstes. Ein anspornendes Wort richtet anlässlich der Adventszeit Landesbischof D. Schmels an die Helfer und Helferinnen im Kindergottesdienst. Er stellt darin fest, daß diese Arbeit in dem Maß wachsen wird, als die grund-

Millionen deutschen Eigentums in Amerika verschleudert

Sensationelle Enthüllungen

Beendigung des verschärften Schulstreiks — Zusammenbruch der Kleinen Entente? Stresemanns Rede in Hamburg

New York. Das New-Yorker Blatt „New York World“ veröffentlicht einen sensationellen Bericht über unerhörte Mißverwaltung und Verschleuderungen der beschlagnahmten deutschen Vermögen in den Vereinigten Staaten.

Die Nachricht beruht auf dem im Auftrage des Präsidenten Coolidge erstatteten mehrbändigen Bericht des Generalkontrollleuers MacCarl über die Verwaltung der deutschen Vermögen, von dem sich die „New York World“ auf irgendeine Weise ein Exemplar verschafft hat. Bisher verkaufte lediglich, daß der Rapport die Verwaltung im allgemeinen einwandfrei befunden habe und nur einige übermäßige Gehälter und Provisionen kritisierte.

Wie aus dem Artikel der „World“ hervorgeht, handelt es sich jedoch um Millionen Dollars, und die Enthüllungen dürften einen Riesenskandal zur Folge haben. Nach dem Bericht MacCarls wurden Millionen und aber Millionen Dollars ausgegeben für Anwaltsgebühren sowie für Provisionen an Banken, Gesellschaften, die angeblich längst liquidiert waren, wurden jahrelang weiter betrieben. Die vom Kongress festgesetzte Grenze für die Verwaltungskosten wurde gar nicht beachtet. Gewisse Fonds blieben jahrelang in den Händen der Interessenten, ohne daß der Versuch gemacht worden wäre, sie einzuziehen. Die beschlagnahmten Wertpapiere wurden an so viele Banken und Gesellschaften verteilt, daß eine Kontrolle kaum möglich war. Niedrig bezahlte Beamte erhielten übermäßige Speesen zugeschanzt. Regierungsbeamte benutzten Privatautos auf Kosten der beschlagnahmten Vermögen.

MacCarl brachte das ganze Jahr mit der Überprüfung der Bücher zu; seine Untersuchung veranschlagte 200 000 Dollar. Trotzdem MacCarl behauptet, daß ein weitgehender Mißbrauch nur mit einer verhältnismäßig beschränkten Anzahl von Treuhandsfonds betrieben worden sei, führt er mehrere hundert solcher Fälle an. Der ganze Bericht MacCarls wimmelt von Unregelmäßigkeiten, von Unterbewertung der deutschen Vermögen, von Vergewandung und Verschleuderung, welche Seite man auch aufschlägen mag.

Berlin, 21. Dezember. Wie die Morgenblätter aus New York melden, heißt es in einer Meldung der „Associated Press“ aus Washington, der Bericht des Generalkontrollleuers Mac Carl über die Verwaltung des beschlagnahmten ehemals feindlichen Eigentums habe „die übelste systematische Verschwendung“ enthält, die Amerika je erlebt habe.“ Senator Borah kündigte an, daß der Senat nach den Weihnachtstagen eine genaue Untersuchung der Angelegenheit anordnen werde. Der Senat habe den Gedanken einer Untersuchung bereits gebilligt, habe aber die nötigen Geldmittel noch nicht angewiesen. Borah hat die Absicht, nach den Weihnachtstagen im Senat darauf zu dringen, daß 50 000 Dollar für diese Untersuchung bewilligt werden.

Zur Annahme der Vorlage über Rückgabe des deutschen Eigentums.

Washington. Bei der bereits gemeldeten Annahme

sächliche Trennung von Staat und Kirche sich praktisch auswirkt. In steigendem Maße mag der Kindergottesdienst nicht bloß den Kindern den Gemeindegottesdienst zu ersetzen haben, sondern mag auch ein gut Stück der religiösen Unterweisung der Kinder mit übernehmen müssen. Voraussetzungen sind der Kindergottesdienst zugleich vielfach Sonntagsschule sein müssen. Für die Arbeit der Helfer an sich selbst und an den Kindern findet der Landesbischof ernste und gewissenhaftige Worte.

der Vorlage über die Rückgabe des deutschen Eigentums im Repräsentantenhaus gelang es der republikanischen Mehrheit, alle tiefgreifenden Änderungen an dem Entwurf zu verhindern. Die Opposition ging hauptsächlich von den Demokraten aus, die einerseits behaupteten, der Gesetzesvorschlag ließe auf eine Beschlagnahme des deutschen Eigentums hinaus, und andererseits ihre Kritik dagegen geltend machten, daß in dem Entwurf keine Widerstattung der Verluste vorgesehen ist, die amerikanischen Besitzer von deutschen Obligationen seinerzeit durch die Marktentwertung erlitten haben.

Die Beratung des Gesetzentwurfs im Senat dürfte, wie angenommen wird, nicht vor Januar stattfinden.

Der Dortmunder Schulkonflikt vor dem Staatsgerichtshof.

Beendigung des westfälischen Schulstreiks.

Um den Schulkonflikt in Westfalen in gemeinsamem Interesse von Schule, Elternhaus und Staat einer sachlichen Lösung entgegenzuführen, hat der Vorstand des Evangelischen Reichselternbundes die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes über die Frage angerufen, ob die Auslegung des preussischen Schulaufsichtsgesetzes von 1872, auf das sich der preussische Kultusminister bei der Vernehmung des dissonanten Schulrats Mischke berufen hat, mit dem Art. 174 der Reichsverfassung vereinbar sei.

Der Reichsminister des Innern hat sich bereiterklärt, die Angelegenheit beim Reichsgericht anhängig zu machen. Der preussische Kultusminister Dr. Secker steht zwar nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die beanstandete Auslegung des Gesetzes mit der Reichsverfassung in Einklang stehe, begründet es aber, daß der Schulkonflikt durch die Anrufung des Reichsgerichts in die Sphäre rechtlicher Auseinandersetzung emporgehoben wird. Im Hinblick auf die durch diesen Schritt eingeleitete Eröffnung des Rechtsweges hat die evangelische Elternschaft Westfalens beschlossen, den Schulstreik zu beenden.

Zusammenbruch der Kleinen Entente?

Bukarest. Die rumänische Presse nimmt allgemein eine scharfe Stellungnahme gegenüber der Absicht Jugoslawiens, die Beziehungen mit Sowjetrußland wiederherzustellen, an. Die Zeitungen bezeichnen diese Absicht als eine offene Brüstung der gemeinsamen Politik der Kleinen Entente gegenüber Sowjetrußland. Demgegenüber drohen die Regierung und die Oppositionsblätter sowie auch die unabhängigen Tageszeitungen Jugoslawiens mit einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Rumänien und Jugoslawien und einem allgemeinen Zusammenbruch der Kleinen Entente. Andererseits betrachtet die rumänische Öffentlichkeit den italienisch-albanischen Pakt als einen glänzenden Sieg der italienischen Diplomatie auf dem Balkan. In Bukarest setzt man jedoch alle Mittel in Bewegung, um die jugoslawische Regierung von der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland abzuhalten.

(Auslösung der Anleiheablosungsschuld des Reiches und Vorzugsrente.) Im Dezember d. J. findet erstmalig eine Auslösung der Anleiheablosungsschuld des Reiches statt. Sobald ein Auslösungsschein ausgelöst worden ist, wird er ausgezahlt. Der Inhaber verliert damit die Möglichkeit, auf das Auslösungsrecht hin einmal Vorzugsrente zu beantragen. Inhaber von Auslösungsrechten, bei denen die Möglichkeit besteht, daß sie einmal in eine hilfsbedürftige Lage kom-

